

Die Jahressubskriptions-Nummernpreise über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Post- und Transportkosten. Kleinere Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.50 M., jedes weitere Blatt 1.75 M. einschließlich Post- und Transportkosten. Anzeigen im Ausland: Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 4.50 M. pro Zeile. Stellen-Belege in West-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 2.— M., jedes weitere Blatt 1.50 M.

Die Jahressubskriptions-Nummernpreise über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Post- und Transportkosten. Kleinere Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.50 M., jedes weitere Blatt 1.75 M. einschließlich Post- und Transportkosten. Anzeigen im Ausland: Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 4.50 M. pro Zeile. Stellen-Belege in West-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 2.— M., jedes weitere Blatt 1.50 M.

Verlagspreis: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der wankende Steuerblock

Die außenstehende Volkspartei

In den letzten Tagen haben wiederum interfraktionelle Besprechungen stattgefunden, in denen das Steuerkompromiß und die eventl. Erweiterung der Regierung durch Hinzuziehung der Volkspartei behandelt wurde. Da die Verhandlungen für vertraulich erklärt wurden, erfährt man bisher nichts genaues über ihren Verlauf. Die Rede des Volksparteilers Dr. Scholz in der gestrigen Sitzung des Reichstages mit ihren scharfen Angriffen gegen die Regierung zeigte aber bereits, daß diese Verhandlungen keinen der Volkspartei zusagenden Verlauf genommen haben. Das wird bestätigt durch eine Mitteilung des offiziellen Organs der Deutschen Volkspartei, der „Zeit“, die gestern abend schrieb:

„Die Verhandlungen, die heute vormittag über das Steuerkompromiß stattfanden, haben zu einem abschließenden Ergebnis nicht geführt. Es heißt dabei, daß die Arbeit in den Steueraussschüssen unter sachlicher Mitarbeit der Deutschen Volkspartei weitergeht, daß aber die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich für die Schlussabstimmung im Plenum freie Hand behält und ihre Entscheidung von den Sicherheiten abhängig macht, die für eine sachgemäße Verwendung der Steuerbeträge geboten werden. Die Koalitionsstrafe steht mit diesen Erörterungen über das Steuerkompromiß nicht mehr im Zusammenhang, da sie nach der ganzen Haltung des Herrn Dr. Wirth und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fürs erste wohl als erledigt gelten kann.“

Auch die „Tägliche Rundschau“ erklärt in ihrer heutigen Morgenansgabe:

„Die Deutsche Volkspartei steht auch weiterhin auf dem Standpunkt, daß sie endgültig bindende Erklärungen zu der Steuerfrage nicht abgeben könne. Alle Vermutungen über eine sich auf Grund der interfraktionellen Besprechungen etwa anbahnende große Koalition sind durchaus hinfällig.“

Da es der Deutschen Volkspartei nicht gelungen ist, sich in der Wilhelmstraße anzuknüpfen, scheint sie ihre Taktik auf die Sprengung des Steuerblocks einrichten zu wollen. Weil ihnen die Ware verweigert wird, verweigern diese politischen Geschäftsmacher auch den sehr geringen Kaufpreis einer gewissen Beschäftigung. Damit hätte dann das Steuerkompromiß, diese politische Fehlgeld, ihr verdienten Ende gefunden.

Reden und Taten

Die Haltung der Deutschen Volkspartei zur Regierung

Die Reaktionsäre drängen die Regierung fortgesetzt zu scharfen Maßnahmen gegen die Eisenbahnbeamten. Die Haltung der Regierung ist ihnen viel zu milde, und selbst das brutale Vorgehen der einzelnen Direktionspräsidenten scheint den Scharfmachern noch nicht zu genügen. Die „National-liberale Korrespondenz“ wendet ihre Angriffe besonders gegen Wirth. Er sei in der Form, das heißt in seiner ersten Rede im Reichstag, äußerst scharf gewesen, um in der Sache „ungemein entgegenkommend“ zu sein. Ungemein entgegenkommend finden es die Reaktionsäre also schon, wenn organisierte Beamte unter völlig nichtigen Vorgängen diszipliniert werden. Dem Organ der Deutschen Volkspartei kommt es aber darauf an, den Kanzler als einen Schädling hinzustellen. Sie setzt ihre Betrachtungen über seine Haltung fort und schreibt:

„Wohl aber weiß man, daß der Reichskanzler durch sein Verhalten, durch seine ganze Politik, indem er den

Streik zu einer politischen Angelegenheit machte, das Ansehen der Reichsregierung als solcher, die ganze Autorität des Staates, aufs schwerste erschüttert und geschädigt hat. Ein Reichskanzler, der sich als so unauffichtiger Mann an leitender Stelle gezeigt hat, kann schwerlich als geeignet bezeichnet werden, dauernd an der Spitze der Geschäftsleitung des deutschen Volkes zu stehen, dem Inland wie dem Ausland gegenüber. Die Aussprache im Reichstag und ihr Ausgang im Reichstag wird voraussichtlich weitere Klärung bringen.“

In einem Punkte wird die Arbeiterschaft den Schreibern der Deutschen Volkspartei zustimmen. Es kommt in der Tat auf die Handlungen an und weniger auf die Worte. Entscheidend ist nicht die Bewertung der Kanzlerrede, entscheidend ist das Versprechen, das der Reichskanzler den Führern der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten gegeben hat, und entscheidend ist die Art, in der die Frage der Maßregelungen erledigt wird. Die Arbeiterschaft wird sich nur an jenes Versprechen halten können, dann aber auch darauf bestehen müssen, daß es gehalten wird. Der Reichskanzler mag immer deutlicher erkennen, daß er durch seine scharfe Rede im Reichstag die Reichsparteien nicht für sich gewonnen hat. Läßt er sich durch die Angriffe der Reaktionsäre dazu drängen, sein Versprechen nicht zu erfüllen, setzt er nicht alles daran, daß die rasch schwebende obere Bürokratie am Jügel gehalten wird, dann wird auch die Arbeiterschaft einmütig gegen ihn Stellung nehmen, womit der Kanzler glücklich zwischen zwei Stühlen zu sitzen käme. Vor dieser Situation kann er sich noch bewahren, wenn er seinen ganzen Einfluß anbietet, um die Bürokratie zur Erfüllung des Versprechens der Regierung zu zwingen.

Könnte schon die erste Rede des Reichskanzlers zum Eisenbahnstreik die Reaktion nicht von ihren Angriffen gegen den Kanzler zurückhalten, so hat seine gestrige zweite Rede sie vollends aufgebracht. Erich Dombrowski schildert im „Berliner Tageblatt“ die Stimmung in der Deutschen Volkspartei und sagt, daß die Rede des Reichskanzlers auf die Volksparteiler wie ein rotes Tuch wirkte. Schon am Vormittag, also sogar noch vor der zweiten Rede des Kanzlers, hatte die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Frage eines Mißtrauensvotums erwogen. Aber man einigte sich schließlich, erst die Darlegungen Groeners abzuwarten. Zu ihm und zu seiner starken Faust hat man also mehr Vertrauen. Groeners Ausführungen scheinen denn auch einigermaßen beruhigend auf die erregten Scharfmacher eingewirkt zu haben, so daß sie von einem letzten Schritt absehen. Dombrowski schildert den Verlauf der Dinge so:

„Bei aller provozierenden Schärfe, mit der der Abgeordnete Scholz sprach, scheute man doch die letzte Konsequenz, und so ließen die Ausführungen des offiziellen Parteiredners nur auf ein halbes, ein gedämpftes Mißtrauen hinaus. Die Erwiderung des Reichskanzlers brochte dann die Opposition der Volkspartei gegen ihn in Harnisch. Der rechte Flügel besam mit einem Schloß völlig Oberwasser: Die Stinnes, Becker, Quast, oder richtiger, ihre Anhänger drängten auf eine Mißtrauensabstimmung. Diesem starken Druck scheint die gemäßigte und vermittelnde Richtung Dr. Stresemanns nachgegeben zu haben.“

Die Deutsche Volkspartei weiß also wieder einmal nicht recht, was sie tun soll. Nur eines weiß sie ganz genau: Die Beamten müssen niedergelutet werden!

Der Zahlungsplan für 1922

Wie das „Echo de Paris“ meldet, hat bis jetzt nur Belgien den französischen Vorschlag angenommen, den Zahlungsplan für die Reparationen für das Jahr 1922 durch die Reparationskommission regeln zu lassen. Es scheint jedoch, daß die englische Regierung einer Regelung durch die vier alliierten Finanzminister günstig gestimmt sei. Der Meinungsaustausch in dieser Angelegenheit werde fortgesetzt.

Englands Antwort an Poincaré

EE. London, 11. Februar.

Eine offizielle Note des Reuterschen Bureaus erklärt, die englische Regierung könne sich mit einer Verschiebung der Konferenz von Genua um eine, höchstens zwei Wochen einverstanden erklären, jedoch nur unter der Bedingung, daß die italienische Regierung darum nachsuche oder daß von einer der beteiligten Regierungen dringende technische oder politische Gründe vorgebracht werden würden.

Krassin bei Lloyd George

„Times“ meldet, daß Krassin Freitag in der Downingstreet eine Unterredung mit Lloyd George hatte, und am Montag nach Moskau abfahren werde, um an den Vorbereitungen der Sowjetregierung für die Konferenz von Genua teilzunehmen.

Ende des tschechischen Bergarbeiterstreiks

Prag, 10. Februar.

Heute abend wurde der von den Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter aller Reviere vereinbarte Vertrag im Bergbau, durch den der Streik beendet wird, unterzeichnet.

Nach diesem Abkommen soll in allen Kohlenrevieren der Republik auf Grund der von einer paritätischen Kommission festgestellten Mindestlöhne eine Herabsetzung der Löhne unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, d. h. entsprechend der Verbilligung der Lebensmittel, erfolgen. Im tschechisch-österreichischen Revier bleiben die vor dem Streik gültigen Tarifbestimmungen noch unverändert. In den Braunkohlengrubenbezirken verzichteten die Arbeiter auf die ihnen bisher gewährten Vorkaufbeiträge. Zwischen den Arbeitervertretern und den Grubenbesitzern wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß eine Herabsetzung der Kohlenpreise besonders für das in der Hauptsache für den Export nach Deutschland und Oesterreich in Frage kommende Falkenauer Revier erforderlich sei, und zu diesem Zweck zunächst eine allgemeine Verminderung der Kohlensteuer eintreten müsse. Die Arbeit wird voraussichtlich am Montag wieder aufgenommen werden. Die Streikloshaltungen werden als entschuldigend betrachtet und alle Arbeiter, soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten, wieder eingestellt.

Der Fall Stinnes

Hat Herr Stinnes in London maßgebenden Geschäftskreisen der City und englischen Regierungsvertretern gegenüber das Angebot gemacht, englisches Kapital an den deutschen Eisenbahnen, die in Privatbesitz übergeführt werden sollten, zu beteiligen? Die Behauptung, daß Stinnes in London den Zweck verfolgte, für sein Projekt der Privatisierung Stimmung zu machen und damit zugleich dem englischen Kapital wesentlichen Einfluß auf die Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft zu verschaffen, ist in der „Freiheit“ schon während seines Londoner Aufenthaltes aufgestellt worden. Ihr ist damals nicht widersprochen worden. Jetzt hat, wie berichtet, die „Frankf. Zeitung“ auf Grund genauer Informationen diese Behauptung bekräftigt. Die Stinnespresse leugnete und schimpfte. Das nützte nichts. Stinnes selbst mußte reden. Aber sein Brief zeigt nur das eine: Der Angeklagte verweigert die Aussage. Aber das wird ihm auch nichts nützen. Die „Frankf. Zeitung“ wiederholt die Anklage:

Wir wollen das Persönliche zuerst erledigen. Herr Stinnes bekräftigt die Informationsmöglichkeiten unseres Londoner Korrespondenten, weil die in Betracht kommenden Londoner Persönlichkeiten ebenso verschwiegen seien wie er selbst. Also sei die Darstellung „made in Germany“ Produkt eines systematischen Feldzuges um. Wir könnten Herrn Stinnes hierauf mit Bezeichnungen aus dem Schimpfwörterlexikon seines Blattes antworten. Das ist nicht unser Ziel. Wir stellen deshalb in aller Ruhe fest, daß es einfach lächerlich ist, anzunehmen, daß man nur von Lord George oder von Lord Birkenhead persönlich etwas über die Londoner Vorlesung des Herrn Stinnes erfahren könnte. Von diesen Dingen weiß genau, wie es in der Tat der Fall war, eine ganze Anzahl von Männern in der City wie in Whitehall. Und unser Londoner Korrespondent hat hier bereits am Sonnabend auf den ersten Dementierungsversuch des Herrn Stinnes erneut bekräftigt, daß es völlig unbenutzbar ist, daß seine englischen Gewährsmänner sich bei der Darstellung, die sie ihm gaben, getreu oder ihn gar wissenlich falsch unterrichtet hätten. Es handelt sich dabei um Engländer in herausragender Stellung und mit unmittelbarem Sachkenntnis. Ueber den Vorschlag des Herrn Stinnes zur Lösung der Januarfrage lagen ihm überdies stützende Beweise vor. Also, mit der allerdings bequemen Methode, daß man einfach alles abstreift und den Zeugen zu diskreditieren ver sucht, ist nichts zu erreichen; um so weniger, als aus dem Verlauf der Dinge, wie er in deutschen politischen Kreisen bekannt ist und wie wir ihn im ersten Sonntagmorgenblatt hier rekapitulierten, sich absolut einwandfrei und zwingend ergibt; daß die Darstellung unseres Londoner Korrespondenten, im großen gesehen, zweifellos richtig gemessen sein muß. Einzelheiten mögen unvollständig, mögen mißverständlich sein — dann soll man es sagen. Aber man muß es konstatieren und mit Tatsachen belegen. Wir fragen also Herrn Stinnes: Hat er in London seinen Plan der Privatisierung der deutschen Eisenbahnen vertreten oder nicht? Hat er in London für diese Eisenbahnprivatisierung durch die Behauptung Stimmung gemacht, daß auf diesem Wege das Eisenbahndefizit am schnellsten beseitigt werden könnte, oder hat er das nicht getan? Hat er ferner in London für die Privatisierung der deutschen Eisenbahnen dadurch zu wirken versucht, daß er dieses Projekt mit seinem anderen Plan für die Reorganisation der ost- und westeuropäischen Eisenbahnen verknüpfte, und welcher Art war diese Verknüpfung? Hat er endlich seinen Plan gegen die Reichseisenbahn in Verbindung mit dem Reparationsproblem gebracht, indem er auf der Basis der Eisenbahnprivatisierungs-Vorschläge für die Lösung der Januarfrage machte, und worin bestanden diese Vorschläge? Im ganzen: Ist es richtig oder falsch, daß Herr Stinnes seinen in Deutschland von der großen Mehrheit der öffentlichen Meinung und zweifellos auch der politischen Parteien bereits zurückgewiesenen Plan auf Auslieferung der Reichsbahn an die Privatunternehmung und das Privatkapital dadurch wirtlich zu realisieren versucht hat, daß er in London, im Ausland, im Siegerland Reichung für diesen Plan zu wecken versuchte? Und hält er dies für eine zulässige Betätigung eines deutschen Reichstagsabgeordneten? Wir haben diese Fragen in den letzten Tagen immer wieder gestellt. Aber auch jetzt hat Herr Stinnes noch immer nicht, was eigentlich an unseren bisherigen Veröffentlichungen falsch gemessen sein soll. Diese Haltung ist alles andere als imponant, sie ist dumm und sie ist klein.

Und klein und dumm ist dieser ganze Brief. Herr Stinnes beruft sich auf die Pflicht zur Vertraulichkeit über Privatgespräche. Aber solche Vertraulichkeit bindet ihn — von den geschäftlichen Einzelheiten großer internationaler Finanzprojekte abgesehen — doch wohl nur für die Antworten, die er von den Engländern erhalten hat, nicht für die grundsätzliche Linie der Vorschläge, die er selbst ihnen unterbreitet hat. Denn dafür ist ihm zu sagen, daß es kein Privatgespräch ist, wenn er, der Industrieführer und Reichstagsabgeordnete, in London über die Zukunft der deutschen Eisenbahn verhandelt, die eben vorläufig noch nicht Privatbesitz des Herrn Stinnes, sondern Eigentum des Reiches ist und die das Reich ihm auch jetzt nicht für ein Lebensgericht zu verkaufen gedenkt. Herr Stinnes hat in London über Deutschland verhandelt. Und weil er tatsächlich eine gewaltige Macht in Deutschland hat, deshalb hat Deutschland das Recht und die Pflicht, sich darum zu kümmern, was er da verhandelt. Sinnlos, da von einem systematischen Feldzug zu reden, zu dem sich „gefährliche Kreise“ verbunden hätten. Wir haben uns mit niemandem dafür verbunden, wie natürlich auch Herr Dr. Rathenau ohne jeden Zusammenhang mit dem Bericht unseres Londoner Korrespondenten und mit unseren weiteren Ausführungen ist, aber, wie innerlich unsicher in allem Politischen muß sich Herr Stinnes doch fühlen, daß er bei soviel Macht und bei soviel gläubiger Gefolgschaft, wie er sie trotz allem mit ihm gemachten Erfahrungen noch besitzt, bei jeder Kritik so-

fort eine Intrige vermutet — und daß er sich jetzt in der Rolle des schuldlos Angegriffenen fühlt, während in Wahrheit doch umgekehrt er es ist, der unaufhörlich und zum Teil mit wirklich maßloser persönlicher Gehässigkeit den bestehenden Staat, die bestehende Regierung und ihre Politik bekämpft.

Der zweite Teil seines Briefes zeigt es von neuem; denn seine Angriffe gegen Rathenau und gegen Wirth, der Rathenau wieder zum Minister gemacht hat, seine Ausführungen über die große Koalition, die dem Ausland „diskontingente Unterchristen“ schaffen soll, alles dies hat mit dem Fall, um den es sich handelt und der tatsächlich ganz allein im Fall Hugo Stinnes ist, nicht das allermindeste zu tun. Trotzdem sind wir dankbar für seine Ausführungen, denn sie charakterisieren wiederum den Mann, sie zeigen ihn erneut als den verananteten Gegner derjenigen Politik, die allein Deutschland helfen kann und die wir deshalb aus sachlichen Gründen und nicht aus „uneingeschränkter Bewunderung“ der Personen machen müssen, um Deutschland, Volk und Staat am Leben zu erhalten. Herr Stinnes kann das nicht sehen, er ist jetzt, wie in den ganzen letzten Jahren, in der vordersten Linie derjenigen, die die falsche Politik betreiben. Darum aber war es geboten, an diesem Londoner Fall zu zeigen, daß er zwar vieles andere, aber ganz gewiß kein Politiker ist — und daß er deshalb so eminente politische Gefahr für Deutschland bedeutet, wenn er, gestützt auf seine riesige wirtschaftliche Macht, trotz solcher Unpopularität eine politische Rolle spielt und durch die Gläubigkeit seiner Anhänger spielen darf.

Herr Stinnes ist aber gestellt. Es handelt sich um sehr bestimmte formulierte und sehr schwerwiegende Anklagen. Die Rolle des „harmlosen Privatmannes“ kann nicht weiter gespielt werden: Der Angeklagte hat sich zu verantworten!

Pflicht zur Solidarität

Wir erhielten einige Zuschriften, die sich auf den letzten Teil unseres Artikels „Randbemerkungen zur Streikbewegung“ in der Abendausgabe vom Donnerstag beziehen. Darin wird uns die Frage vorgelegt, wie so gerade die Arbeiter und Angestellten in den kommunalen Betrieben genötigt seien, von ihrer Nachstellung erst nach Rücksprache mit den Vertretungskörperschaften der gesamten Arbeiterschaft und nur mit Rücksicht auf das Interesse der Arbeiterklasse Gebrauch zu machen.

Wir hatten geschrieben, daß die städtischen Arbeiter zu einer solchen solidarischen Unterordnung unter den Gesamtwillen der Arbeiterklasse genötigt seien, weil sie infolge ihrer besonderen Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß eine besondere Macht besitzen. Unsere Genossen fragen nun in den erwähnten Zuschriften, warum die städtischen Arbeiter von dieser Macht nicht lediglich nach eigenem Ermessen Gebrauch machen dürfen. Wir benutzten gern diese Gelegenheit, um unseren Darlegungen vom Donnerstag noch einiges hinzuzufügen.

Wenn die Arbeiter in den kommunalen Betrieben in einen Streik treten, dann ergeben sich daraus fast immer ernsthafteste Konflikte nicht nur mit den städtischen Behörden, sondern auch mit der Staatsgewalt, Konflikte, die unter Umständen sogar einen politischen Charakter annehmen. Spielt sich die Lage zu, dann kann die gesamte Arbeiterklasse gezwungen sein, kämpfend an die Seite der städtischen Arbeiter zu treten, um den Konflikt durchzusetzen. Diese Solidarität ist aber nur zu erwarten, wenn die städtischen Arbeiter zuvor Solidarität gezeigt haben, indem sie der gesamten Arbeiterschaft von vornherein ein Recht der Mitbestimmung über die Laktik bei einem solchen schwierigen Kampfe eingeräumt haben. Wächst sich ein Kampf städtischer Arbeiter in solcher Weise aus, dann muß er nach einer Parole der leitenden und verantwortlichen Körperschaften aller Arbeiterorganisationen geführt werden. Auch diese können aber nur dann verantwortlich und führend auftreten, wenn sie schon bei den ersten Schritten der Gemeindeführer mitentscheidend beteiligt waren.

Umgekehrt: führt ein Kampf von Gemeindeführern zu einer Niederlage, dann wirkt sie in weit höherem Maße nachteilig zurück auf die Lage der gesamten Arbeiterklasse, als etwa eine Niederlage irgendeiner anderen Gruppe. Auch darum muß eine solche Bewegung mit großer Sorgfalt vorbereitet und vor allem nur dann geführt werden, wenn ein Kampfsobjekt vorliegt, das bedeutungsvoll genug ist, um den Solidaritätskampf aller anderen Arbeitergruppen zur Verhütung einer Niederlage veranlassen und rechtfertigen zu können. Dazu aber ist wiederum notwendig, daß die Organisation des Gesamtproletariats in allen Phasen einer solchen Bewegung an ihrer Führung beteiligt sind.

Das sind kurz die wesentlichen Gründe, warum wir in der Beurteilung des jüngsten städtischen Streiks von der Auffassung der städtischen Arbeiter selbst abweichen. Wir glauben damit das Interesse der gesamten Arbeiterklasse im Auge zu haben, das allein maßgebend für unsere Haltung sein darf.

Selbstverständlich kann uns diese Beurteilung der Dinge nicht hindern, scharfmacherische Methoden der städtischen Behörden beim Abbruch der Bewegung auf das schärfste zu verurteilen.

Die alliierten Schulden an Amerika

Verfehlte französische Politik

Paris, 10. Februar.

Ueber die Folgen der in Amerika nunmehr Gesetz gewordenen Vorlage über die Konsolidierung der alliierten Schulden äußert sich Abgeordneter Blum im „Populaire“: „Weit entfernt, bezüglich seiner Forderungen zu erklären: „Schwamm drüber!“ — beabsichtige Amerika, heute sie über alles einzuziehen. Wenn England geneigt sei, die Rechnung Amerikas zu begleichen, wie werde es versuchen, das Geld hereinzubringen, das es selbst zu fordern habe? Lloyd George habe es rückhaltlos erklärt, und der gesunde Menschenverstand hätte genügen müssen, es vorauszuweisen. Um die Rechnung Amerikas zu begleichen, werde England sich gegen Frankreich wenden. Frankreich werde wohl bezahlen müssen, wenn England darauf bestehe. Das bedeute eine Mehrbelastung von schätzungsweise zwei Milliarden jährlich zu dem bisherigen Fehlbetrag. Hier sehe man, was die Politik der politischen Fäulnis und des militärischen Gezwanges, der Bruch mit der öffentlichen Meinung der Welt, mit der gesamten Moral der Welt koste. Hier sehe man, was geschehe, wenn man sich darauf versteife, die Milliarden in die Kisten hineinzustücken und was man von Frankreich durch eine Politik intelligenter Verständigung und aufrichtigen Friedenswillens abgemindert hätte.

Die „Kote Fahne“ beschlagnahmt. Die gesamte Auflage der „Kote Fahne“ ist heute nacht um 1 Uhr, kurz nach Fertigstellung, beschlagnahmt worden.

Die nächste Sitzung des Preussischen Landtags ist vom Präsidenten Veinert auf Dienstag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, anberaumt worden. Auf der Tagesordnung stehen große Anfragen über kommunale Fragen.

Der Konflikt bei der Straßenbahn noch nicht beseitigt

Nachdem am heutigen Tage der Betrieb bei der Straßenbahn wieder in größerem Umfang aufgenommen wurde, läßt sich feststellen, daß etwa 10 Prozent der bisher Beschäftigten nicht wieder zur Einstellung gelangt sind. Soweit Betriebsräte oder sonstige Funktionäre in Frage kommen, ist deren Entlassung fast reiflos erfolgt. Durch die Entlassungen ist es verhältnismäßig nicht möglich gewesen, den Betrieb, soweit er hätte aufgenommen werden können, durchzuführen. Im Tiefbau sind bisher nur etwa 50 Prozent der bisher Beschäftigten zur Einstellung gelangt. Dadurch sind die einzelnen Kolonnen bei Abzug der Wachen völlig arbeitsunfähig geworden. Es kommen auf einen Vorarbeiter nur immer 5 Mann. Die Entlassungen sind völlig nach Belieben der einzelnen Dienststellenleiter erfolgt. Leute bis zu 20 und mehr Dienstjahren mit größerer Familie waren kein Hindernisgrund zur Entlassung. Betriebsfremde Arbeiter kamen andererseits zur Einstellung.

Während in allen anderen Dienststellen die noch bestehenden Differenzen größtenteils erledigt sind oder deren Erledigung den Gewerkschaftsorganisationen übertragen worden ist, versuchen die Leiter der einzelnen Straßenbahnhöfe, wie aus Vorstehendem ersichtlich ist, ihrerseits entgegen den getroffenen Vereinbarungen und den vom Magistrat gegebenen Zulicherungen nicht nur über den geplanten Abbau hinaus Nichtwiedereinstellungen vorzunehmen, sondern sie greifen auch zu Maßregelungen in großem Umfang. Dieses Vorgehen ist geeignet, den unter großen Schwierigkeiten herbeigeführten Frieden zwischen den städtischen Arbeitnehmern und dem Magistrat aufs neue zu stören. Falls die Verhandlungen der Organisationsvertreter der Straßenbahngewerkschaften im Laufe des heutigen Tages nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt sind, ist ein neuer Kampf unausweichlich. Dem Magistrat muß dabei gesagt werden, daß dieser Kampf sicher die Unterstützung der gesamten arbeitenden Bevölkerung Berlins finden wird, und so die geplanten Anschläge auf die städtischen Straßenbahner unmöglich machen werden.

Charlottenburg. Infolge der augenblicklichen Kohlenknappheit sind die städtischen Gaswerke des Bezirksamtes Charlottenburg nicht in der Lage, die hiesige Volksbadanstalt Krummestraße und deren Zweigstelle Dandelmannstraße mit Kohle zu beliefern. Infolgedessen mußte der Betrieb beider Anstalten bis auf weiteres eingestellt werden.

Beizelwedding. Für Helfer und Helferinnen des Jugendamtes und alle, die sich in den Dienst der Jugend stellen wollen, werden Vorträge über das gesamte Gebiet der Jugendwohlfahrt gehalten. Jeder Vortrag ist in sich abgeschlossen; die Vorträge sind kostenlos. Der erste Vortrag beginnt am Dienstag, den 14. d. M., im Sitzungssaal des Bezirksamtes Schönstedtstr. 1, 5. Stock, um 7 Uhr abends.

Für die Teilnahme an den Quäterspeisungen in Neußölln werden zur Zeit Anmeldungen von werdenden und stillenden Müttern sowie Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren entgegengenommen. Eine Anzahl Kleinfinder (2 bis 6 Jahre) kann gleichfalls noch teilnehmen. Der Preis für die Essenportion ist auf 0,40 M. festgesetzt. Das Bureau der Quäterspeisung, Bergstr. 55, ist werktäglich von 9 bis 2 Uhr geöffnet.

Dollarsfälschungen. Die rege Nachfrage nach den amerikanischen Dollars veranlaßt jetzt auch die Fälscher, diese vielgekauften Noten nachzuahmen. Erst gestern wieder wurde ein Geschäftsmann in der Friedrichstraße durch Fälschungen dieser Art um 48 000 Mark betrogen. Der „Kunde“, der ihm die falschen Noten in Zahlung gab, gab an, daß er Deutsch-Amerikaner sei. Die Kriminalpolizei sucht jetzt den Mann. Er ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar und ein glattrasiertes Gesicht und trug einen dunkelblauen Jacketanzug, einen hellbraunen Paletot und einen schwarzen, steifen Hut.

Lehrstellensuche in der Metallindustrie

Bei der Berufswahl der demnächst die Schule verlassenden Jugendlichen, kommt für viele Eltern und deren Söhne in erster Linie die Metallindustrie in Betracht. Bevorzugt werden vor allem der Mechaniker, der Werkzeugmacher, der Maschinen-, Bau-, Auto-, Schlosser- und der Elektromonteurberuf. Der Keil- und Kupfer-, Schmiede-, Form- und Metalldrücker- und Schleiferberuf wird dagegen weniger beachtet, obgleich feststeht, daß in diesen Branchen verhältnismäßig weniger mit Arbeitslosigkeit zu rechnen ist und auch das Lohnverhältnis den anderen Gruppen nicht nachsteht, sondern eher noch übertrifft. — Aber der Drang zur angeblich körperlich leichteren oder weniger unsauberen Beschäftigung ist leider für die meisten Lehrstellensuchenden ausschlaggebend, die gesamte Berufslage an sich wird oft zu wenig beachtet.

Hingewiesen sei, daß oft Jugendliche in Werkstätten geraten, in denen nur geringe Berufskennnisse erlernt werden; häufig deshalb, weil die Fabrikation zu einseitig auf wenige Massenartikel eingestellt ist und es den Betriebsinhabern an billigen Arbeitskräften geht. — In dieser Beziehung ist die größte Vorsicht am Platze; nicht immer, aber häufig kennzeichnen sich diese Betriebe durch eine verhältnismäßig hohe Lehrlingszahl gegenüber der der Gehilfen und durch niedrige Kostgebühren aus. Letztere betragen pro Woche im ersten Jahr von 20 bis 30 M. und steigen im vierten Lehrjahr von 35 bis 60 M. In den Betrieben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller werden pro Stunde von 0,60 M. im ersten bis 1,20 M. im vierten Jahr vergütet. Betriebsinhaber, die keinen Vereinigungen angehören, zahlen häufig noch weniger, selten mehr. Bei dreijähriger Lehrzeit wird in der Regel noch weniger an Kostgeld gewährt und nur Taschengeld gegeben. Die Bau- und Schlosserlehrlinge werden trotz vierjähriger Lehrzeit am geringsten entlohnt.

Aber nicht nur der Widerstand der Unternehmer ist schuld an den geringen Kostgebühren der Lehrlinge, auch das viel zu starke Angebot von Jugendlichen zu den bereits angeführten Berufen, in einem Falle meldeten sich für einen größeren Betrieb bei 30 freien Stellen an 300 Jugendliche, trägt wesentlich dazu bei. Im Baugewerbe und einigen anderen Berufen erhalten die Lehrlinge ein zwei- bis dreifach so hohes Kostgeld, und zwar deshalb, weil sich in diesen Berufen weniger Jugendliche anbieten.

Eltern, die ihre Söhne nächstens in die Metallindustrie in die Lehre geben, mögen all diese Dinge beachten. Ueber die Aussichten aller Berufe wird Rat erteilt in dem städtischen Berufsamt, Berlin, Oranienburger Straße 54, und über die Metall-Industrie in der Lustnuststraße des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin N., Liniestraße 83/85, II.

Streik in den Beraulderei- und Holzrahmenbetrieben

Infolge des scharfmacherischen Verhaltens der Arbeitgeber in obigen Betrieben sowie des ablehnenden Verhaltens zu den von den Arbeitnehmern gestellten Lohnforderungen, ist es in allen Betrieben zum Ausstand gekommen.

Wir weisen darauf hin, daß irgendwelche Angebote von Arbeitsgelegenheit in obigen Betrieben abzulehnen sind und warnen ausdrücklich vor jedem Zugang nach den streikenden Betrieben. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ordnungsverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

Aus der spanischen Gewerkschaftsbewegung

Aus Madrid wird uns gemeldet: Die Mitgliederzahl der an die Amsterdamer Internationale angeschlossenen Allgemeinen Arbeiterunion beträgt zu Ende des Jahres 1921 243 000 gegen 223 000 im Dezember 1920. Der Verband der Handelsangestellten, der Provinzialverband der Ackerbauer von Orcaje, der Bauarbeiterverband, der Provinzialverband der Ackerbauer von

Castellon de la Plana und der Ortsverband von Gijon haben beschlossen, sich der Allgemeinen Arbeiterunion anzuschließen. Die größte Mitgliederzahl hat der Verband der Ackerbauer (61 327), die Bergarbeiter (53 826), denen die Bau-, Metall- und Transportarbeiter folgen.

Die Verwendung der freien Zeit der Arbeiter in Belgien. Dem Abgeordnetenhaus wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch den Maßnahmen aller Art gefördert werden sollen, die den Arbeitern eine bessere Verwendung ihrer freien Zeit ermöglichen würden. Die erforderlichen Mittel sollen von Staat, Provinz und Gemeinde, wie auch durch freiwillige Beiträge der Genossenschaften, Gewerkschaften usw. aufgebracht werden. Man denkt u. a. an Wanderausstellungen, Wettbewerbe zur Ausschmückung des Heims, Körperkultur, Kunst und Gesang, Volkstheater, Schrebergärten usw. Zur Förderung dieser Bestrebungen ist auch eine jährliche Volksbildungstagung geplant.

Feuertünderfall auf ein Gewerkschaftshaus. Etwa 3000 Faschinen drangen in das Gewerkschaftshaus der Stadt Kolofna in Ferrara ein und demolierten die Lokale der christlichen und sozialistischen Gewerkschaften. Erst als sie das Gebäude in Brand gesetzt hatten, erschien Polizei, die nur noch ein völliges Abbrennen des Hauses verhindern konnte.

Zehnjährige Arbeitszeit in Polen. Das polnische Parlament hat mit 136 gegen 61 Stimmen ein Gesetz über die zehnjährige Arbeitszeit im Handwerksberuf angenommen. Ein Antrag, wonach Handlungsgeschäfte ununterbrochen zehn Stunden ohne Mittagspause geöffnet sein müssen, wurde gleichfalls angenommen.

Unveröffentlichte Schriften Dostojewskis. Im Moskauer Museum wurde die Ausstellung nachgelassener Briefe und Schriften Dostojewskis eröffnet. Sie umfaßt mehrere Kasetten von Schriften, die von der Witwe des Dichters nach bei ihren Lebzeiten dem historischen Museum übergeben worden waren. Sehr viele bisher unveröffentlichte Manuskripte Dostojewskis waren in Georgien aufgefunden worden und sind nun ebenso wie das im Petersburger Archiv verwahrte Material ausgestellt. In einer außerordentlichen Versammlung, der Professor Prokrowski und Glivenlow bewohnten, wurde beschlossen, die Arbeiten aller Dostojewskiforscher zu vereinigen. In dem neu aufgefundenen Material befinden sich viele Entwürfe zu nachher unvollendet gebliebenen Werken.

Kinderzeichnungen aus und für Japan. Japanische Schulkinder haben in monatelanger Arbeit in den Schulanstalten ganz Japan Zeichnungen und Aquarelle angefertigt, die gesammelt und nach Deutschland geschickt worden sind, um hier den deutschen Kindern eine Freude zu bereiten. Damit die Zeichnungen einer größeren Öffentlichkeit bekannt werden, sind sie von dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht zu einer Sonderausstellung verwahrt worden. Dieser Ausstellung sind eine Reihe deutscher, den Städten Berlin, Düsseldorf, Essen und Hamburg entstammender Kinderzeichnungen angehängt, die als Austauschgabe für Japan bestimmt sind. Die Ausstellung befindet sich im großen Saal des Gebäudes Potsdamer Str. 120. Sie ist werktags von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags (am Sonnabend bis 2 Uhr nachmittags) geöffnet.

Nansen in England. Frithjof Nansen setzt seine Verammlungskampagne für die Hungernden in Russland fort. Zuletzt sprach er in großen Versammlungen in Cardiff und Manchester. Der „Manchester Guardian“ veranstaltet eine Geldsammlung für die Hungernden in Russland, die bisher 36 000 Pfd. Sterling ergab. Das Geld wird Nansen zur Verwendung für die Hungerhilfsaktion übergeben werden.

Proletarische Feiertunden finden Sonntag, den 12. Februar, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus statt. Es wirken mit: der Berliner Schubert-Chor, Konrad Löwe an der Orgel; das Blas-Orchester unter Leitung von Heinz Tieszen. Es bringt ein Andante von Schubert und das Andante und Finale aus der Serenade C-moll von Mozart zu Gehör. Der Sprech-Chor spricht das Weisheits „Erlebung“ von Bruno Schönlank. Einzelsprecher sind Frau Elisabeth Witte, Max Remej vom Deutschen Theater, Gertha Laurin und Heinrich Witte vom Staatstheater. Sprech-Chor für die Proletarischen Feiertunden. Heute, Sonnabend, findet die Hauptprobe zu den Feiertunden in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 89, abends 7 Uhr, statt. (Also nicht in der Steinstraße.) Da die Probe besonders wichtig ist, muß jeder erscheinen.

Tages-Notizen

Erbaulichkeiten. Stadt, Opernhaus: 11. Die Abreise. — Th. L. d. Königsgraber Straße: 11. Die wunderlichen Geschichten des Kapteins Kasper. — Stadt, Schauspielhaus: 12. Der Carlos. — Kommerzienstraße: 14. Kanakl Kreier. — Südliches Theater: 16. Keine Feder. — Kleines Th.: 17. Das Weib auf dem Meer. — Berliner Th.: 18. Einer von uns. — Neues Volkst.: 19. Das kleine Gericht. — Felling Th.: 21. Hosi.

Wissenschaften. „Ruhle und Ruhe“ wird auf Montag, 8 Uhr, verlegt. Geleitet wird im Konzerthaus Unter, Parkstr. Breite Str. 34.

Theaterverhältnisse des Selbstbildungsausschusses in Staatstheater. Die auf Sonntag, den 12. Februar, nachmittags, angelegte Verteilung von „Nacht und Tag“ und „Der Dienst weiter beten“ kann nicht stattfinden. Sie wird auf den 13. März verlegt. Die gelben Karten behalten Gültigkeit.

Kinderhilfe für die Hungernden in Russland. Wir machen nochmals auf die am Sonntag, den 12. Februar, 11 Uhr mittags, in der Volkshalle am Bülowplatz stattfindende Matinee „Der russische Bauer“ aufmerksam. Ebendort herbeizubringen ist das Heftchen des Moskauer Arbeitervereins eines „Eintritts“ von Herrn Tischow als Berliner Schulstiftung spielen werden. Das Komitee-Vorsitzende, Alexander Glavin, wird russische Volkswesen zu Gehör bringen.

Parteiveranstaltungen

Wahlversammlungen. Anmeldung zur Einzahlung für die weiblichen Klassen werden in folgenden Schulen angenommen: 5. Gemeindeführer, Friedrichstraße, Lehrer Danz. 4. Gemeindeführer, Krummestraße, Lehrer Meyer. 8. Gemeindeführer, Wollstraße, Lehrer W. Schulz. 11. Gemeindeführer, Schrammstraße, Lehrer Danz. 17. Gemeindeführer, Marktstraße, Lehrer Friebe und Neumann. 18. Gemeindeführer, Hofstraße, Lehrer Eggert. 23. Gemeindeführer, Leopoldstraße, Lehrer Hartung.

Sonnabend, 11. Februar

5. Dikt. Heute abend 8 Uhr Vorstandssitzung bei Kaller, Gokampstr. 34. Vortrag über die Platte „Hosen“.

16. Dikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Flugtatortsetzung bei Jrenz, Rudolfplatz, Ecke Copernicusstraße.

Charlottenburg. Vorträge abholen bei Köhne, Markt 4.

Neußölln-Str. 11. Vorträge abholen von 7-8 Uhr abends (Vortreibebureau).

Schöneberg-Friedrichstr. Bezirksleiter müssen heute abend 8 Uhr Platte abholen von Palm, Köhne, Ecke Copernicusstraße.

Sonntag, 12. Februar

16. Dikt. Vormittags 11 Uhr bringende Vorstandssitzung bei Schürmann, Steiliner Str. 11.

Montag, 13. Februar

16. Verwaltungsbereich (Eisen, Friedrichshagen, Kohnhof, Kohnhof, Grünau und Orfer). Abends 6 Uhr Sitzung der Bezirksleitung Abteilungsleiter und Bezirksleiter in der Arbeiterunion, Eisen, Vollenstraße, Zimmer 6, 8. Dikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Friebe.

Vereinskalender

Montag, 13. Februar

Zentralverband der Angestellten. Versammlungsabend. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Textil, Bildung, Vello. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung familiärer Gefühlsbeziehungen, Verbandshaus, Vello-Alten-Str. 7/8.

Verband der Bäcker und Bäckerinnen. Abends 7 Uhr in der neuen Volkshalle, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 90-97, am Schulz-Dehnbach-Platz (Gruppe Gemeindeführer), außerordentliche Vorstandssitzung für Groß-Berlin. Tagesordnung: Die letzten Vorgänge.

Hilfenleger und Helfer. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung im Saal 10 des Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-26. Wichtige Tagesordnung.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden von dem Verleger nicht angenommen, wenn ein genügend qualifizierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Reichsamt.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Paul Herz, Charlottenburg, für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin, für den literarischen und geistlichen Teil: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Berliner Druckers G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 54.